

Gerhard Krebs

TENDENZEN DER
JAPANISCHEN
ZEITGESCHICHTSSCHREIBUNG



OAG aktuell

Der historische Hintergrund

Das Problem "Geschichtsschreibung und Vergangenheitsbewältigung" hat im Sommer des Jahres 1982 die Gemüter in Japan stark erregt und auch zu heftigen Vorwürfen der Nachbarländer an die Adresse *Tōkyōs* geführt. Die Frage: "Wie kam es zum Pazifischen Krieg?" ist in den letzten Jahrzehnten immer wieder gestellt, aber auch immer wieder anders beantwortet worden. Diesem Problem widmet die Historiographie sehr viel mehr Raum als den eigentlichen Kriegsjahren, d.h. der Periode von 1941 bis 1945.

Die Vorgeschichte des Pazifischen Krieges begann nach allgemeiner Auffassung mit dem Jahre 1931, als Japan die chinesische Mandschurei eroberte und in den Satellitenstaat "Manchukuo" umwandelte. 1932 endete mit der Ermordung von Premierminister *Inukai* die Ära der Parteienkabinette und im folgenden Jahre trat Japan aus dem Völkerbund aus. 1936 wurde mit dem Abschluß des Antikominternpaktes der erste Schritt zur Annäherung an das nationalsozialistische Deutschland vollzogen, ein Jahr später folgte der Beitritt Italiens. Bereits einige Monate zuvor, im Juli 1937, hatte der Krieg mit China begonnen, der sich jahrelang hinzog und später in den Pazifischen Krieg einmünden sollte. 1940, nach Frankreichs Niederlage gegen Deutschland, besetzte Japan den Norden Französisch-Indochinas und schloß mit Deutschland und Italien den Dreimächtepakt ab. Im April 1941 unterzeichnete *Tōkyō* einen Neutralitätsvertrag mit Moskau, um sich bei der geplanten Expansion in Südostasien im Rücken abzusichern. Im Sommer desselben Jahres besetzte Japan auch noch den Süden Französisch-Indochinas, beschwor damit aber ein amerikanisches Wirtschaftsembargo herauf. *Tōkyō* sah sich zur Flucht nach vorn gezwungen und eröffnete im Dezember 1941 mit dem Überfall auf Pearl Harbor sowie

Die OAG ist eine 1873 in Japan durch deutsche Kaufleute, Gelehrte und Diplomaten gegründete Vereinigung, deren Ziel es u.a. ist, die Länder Ostasiens, insbesondere Japan, zu erforschen und darüber zu veröffentlichen.

Die Reihe OAG aktuell erscheint in unregelmäßigen Abständen und geht allen Mitgliedern der OAG kostenlos zu. Soweit die jeweilige Auflage reicht, steht sie auch anderen Interessenten zur Verfügung. Die Manuskripte für die Reihe OAG aktuell gehen in der Regel auf Vorträge zurück, die in der OAG gehalten wurden. Sie enthalten grundsätzlich die Auffassung der jeweiligen Verfasser, die sich nicht notwendigerweise mit der Auffassung der OAG zu decken braucht.

Das vorliegende aktuell beruht auf einem Vortrag, der am 11. 5. 1983 in der OAG gehalten wurde.

Copyright © 1983 Deutsche Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens (OAG), Tokyo, Japan

Printed in Japan, by Komiyama Printing Co.,
Oktober 1983

dem gleichzeitigen Angriff auf die südostasiatischen Besitzungen der westlichen Kolonialmächte den Pazifischen Krieg, der 1945 mit Japans totaler Niederlage endete.

Für Japans Weg in den Krieg machten die amerikanischen Sieger den feudalen und autoritären Charakter des Kaiserreiches verantwortlich. Sie sahen es daher als ihre Aufgabe an, das Kaiserreich in demokratischem Sinne zu reformieren. Dabei setzten sie z. B. eine Bodenreform und eine Verfassung durch, welche die Unterhaltung von Streitkräften untersagte. Außerdem wirkten sie Reformen des Erziehungswesens, die Neugründung von Parteien, die Entstehung freier Gewerkschaften und einer freien Presse sowie gleiche Rechte für Frauen. Schließlich zwangen sie die großen Industriekonzerne (*zaibatsu*), die mitverantwortlich für den Krieg gemacht wurden, zur Auflösung.

28 Hauptkriegsverbrecher, ehemalige Militärs und zivile Politiker, wurden in *Tōkyō* vor ein alliiertes Militärgericht gestellt—dem Pendant zum Nürnberger Gerichtshof gegen NS-Verbrecher—und nach zweieinhalbjähriger Prozeßdauer abgeurteilt. Dabei wurden sieben Todesurteile gefällt; die anderen Angeklagten erhielten langjährige oder lebenslängliche Freiheitsstrafen.

Die Vorherrschaft der marxistischen Historiographie in der Nachkriegszeit

Die japanische Zeitgeschichtsschreibung war in den ersten Nachkriegsjahren fast völlig eine Domäne marxistischer Intellektueller. Diese hatten meist ihn prägenden wissenschaftlichen und politischen Impuls zur Zeit der sogenannten "*Taishō*-Demokratie" erhalten, d.h. etwa in der Periode von 1918 bis 1930, als in Japan relativ große Freiheiten geherrscht und marxistische Theorien großen Anklang gefunden hatten. Während d

nachfolgenden nationalistischen und stärker autoritären Ära hatten sich diese Intellektuellen meist in "innerer Emigration" befunden. In Japans "Stunde Null" sahen sie die Chance zu einer sozialistischen Umgestaltung des Landes und fühlten sich durch die Reformen der Amerikaner ermutigt. Ihre Geschichtssicht ging weitgehend mit den Auffassungen der Sieger konform. Auch die Marxisten sahen als hauptverantwortlich für den Krieg die alten Gesellschaftsstrukturen an, die durch die alten Machtgruppen wie Militärs, konservative Politiker und *zaibatsu* zementiert worden seien. Im Gegensatz zu den USA aber betrachteten sie auch das Kaiserhaus als kriegstreibende Kraft. Auch die Amerikaner hatten den *Tennō* wohl nicht gerade als unschuldig angesehen, nutzten aber den Vorteil, mit Hilfe der fortbestehenden Monarchie das besetzte Land zu stabilisieren. Neben dem Kampf gegen das Kaiserhaus führten die Marxisten eine heftige Fehde gegen die von den USA glimpflich behandelte Bürokratie.

Im Urteil der Marxisten war das Regime der Vorkriegszeit und der Kriegsjahre repressiv gegen die eigene Bevölkerung gewesen und hatte mit seiner Expansionspolitik hauptsächlich auf die Unterdrückung Chinas und auf die Verhinderung einer chinesischen Demokratie abgezielt. Unter "Demokratie" verstand man dabei meist die Bewegung Mao Tse-tungs. In den Werken der Marxisten wird im Gegensatz zum China-Krieg der Kampf gegen die angelsächsischen Nationen als traditionelle Auseinandersetzung kapitalistischer Mächte um wirtschaftliche Vorteile weniger eingehend behandelt. Schuld an "Imperialismus" und "Faschismus" hatte schließlich nach ihrer Ansicht das ganze kapitalistische System, wie es seit der *Meiji*-Zeit entstanden war.

Die marxistischen Historiker bildeten aber keineswegs einen monolithischen Block, sondern widmeten sich

häufig mit großem Eifer ideologisch bedingte Flügelkämpfen. Darin spiegelte sich zum Teil die der Vorkriegszeit vollzogene Spaltung der — seinerzeit illegalen — Kommunistischen Partei Japans wider. Es ging in den Auseinandersetzungen u.a. darum, ob mit der Meiji-Restauration bereits ein bürgerlicher Staat geschaffen worden sei oder noch ein feudaler Staat bestanden habe. Für ein politisches Programm war die Frage keineswegs unwichtig, da nach marxistischer Vorstellung dem angestrebten sozialistischen Staat ein noch ein bürgerlicher vorausgehen mußte.

Den Marxisten, die ursprünglich so große Hoffnungen auf die Reformen der Amerikaner gesetzt hatten, wurde schon bald klar, daß die USA keineswegs auf die Beseitigung des alten kapitalistischen Systems in Japan abzielten, sondern im Laufe der Jahre immer stärker an seiner Festigung interessiert waren. Das führte zu einer schnell anwachsenden Agitation von Seiten der „progressiven“ Historiker, da diese sich nicht nur als Wissenschaftler betrachteten, sondern auch als politische pressure group. Die Marxisten fanden sich zu einer großen Teil in der „Studiengesellschaft für Geschichte“ (*Rekishigaku kenkyūkai*) zusammen und machten ihre Zeitschrift *Rekishigaku kenkyū* nicht nur zu einem wissenschaftlichen Forum, sondern auch zur Basis im politischen Tageskampf gegen die sich immer stärker etablierenden konservativen Kräfte.

Für die weitere Entwicklung von Politik und Gesellschaftsschreibung war es von großer Bedeutung, daß sich die Haltung der USA gegenüber Japan völlig ändern sollte. Die Hauptursachen dafür lagen in dem 1948 in aller Schärfe ausgebrochenen amerikanisch-sowjetischen Gegensatz, dem Sieg der chinesischen Revolution 1949 und dem ein Jahr später folgenden Ausbruch des Koreakrieges. Nun suchten die USA in Japan einen zu verlässigen konservativen Verbündeten. Die Auflösung

der *zaibatsu* wurde gestoppt und teilweise rückgängig gemacht. Viele im Gefängnis einsitzende Hauptkriegsverbrecher wurden begnadigt, darunter der ehemalige Außenminister *Shigemitsu*, der bald wieder die Leitung des Außenministeriums übernahm (1954–56). Parlamentarier und Bürokraten, die als „belastet“ eingestuft und deshalb von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen worden waren, durften sich wieder frei betätigen. Dazu gehörte auch *Kishi Nobusuke*, der später sogar Premierminister wurde (1957–60).

Japan wurde 1951 im Friedensvertrag von San Francisco durch die USA und die anderen westlichen Sieger schonend behandelt und erhielt ein Jahr später die volle Souveränität zurück. (Diese erlaubte es *Tōkyō* u.a., wieder Schulbücher ohne fremde Eingriffe abzufassen.) Als Gegenleistung aber hatte Japan sich durch einen Militärvertrag an Washington binden und Chiang Kaisheks Regime als einzige legale Regierung Chinas anerkennen müssen. Außerdem verpflichtete *Tōkyō* sich zur Wiederbewaffnung, die im Gegensatz zu der von Amerika aufgezwingenen Verfassung stand. Die marxistischen Historiker aber bekämpften gerade diese politische und militärische Bindung an die nun als „imperialistische Macht“ angesehenen USA, die angeblich nicht nur die Rechte des japanischen, sondern mehr noch des chinesischen und koreanischen Volkes mit Füßen traten.

Mit ihren scharfen Angriffen aber isolierten sich die marxistischen Historiker immer stärker. Mitte der fünfziger Jahre entstand eine Gegenbewegung. Prominentester Vertreter der Kritiker war der Schriftsteller *Kamei Katsuichirō*, der seine Attacken in so verbreiteten Zeitschriften wie *Bungei Shunjū* und *Chūō Kōron* ritt. Hauptgegenstand seiner Kritik war ein Werk aus dem Jahre 1955 mit dem bescheidenen Titel „*Shōwa-Geschichte*“ (*Shōwashi*) des *Iwanami-Verlages*, das von den

drei marxistischen Wissenschaftlern *Tōyama Shigeharu*, *Imai Seiichi* und *Fujiwara Akira* verfaßt und zu einem Bestseller geworden war.

Kamei und seinesgleichen wandten sich gegen die vereinfachend empfundene Sicht der marxistischen Historiographie, die zu einer Schwarzweißmalerei geführt habe und damit der Komplexität der Geschichte nicht gerecht werde. Unter dem Vorwurf, eine "Geschichte ohne Menschen" geschrieben zu haben, wurde dem Versäumnis der Marxisten hervorgehoben, die für Japans verfehlte Entwicklung Verantwortlichen namentlich zu benennen und statt dessen eine pauschale Einteilung in "herrschende Klasse" (Militärs, Politiker, Industrielle, Kaiserhof) und "unterdrückte Klasse" (Kommunisten, Liberale) vorgenommen zu haben. Kritisiert wurde auch das mangelnde Einfühlungsvermögen in die handelnden Personen und ihre Motive sowie der Fehler, eine breite graue Zwischenzone — bestehend aus Unentschlossenen, Schwankenden oder einfach Mitgetriebenen — zwischen "Schwarz" und "Weiß" übersehen zu haben.

Die Entstehung einer konservativen Geschichtsschreibung

Die als "Disput um die *Shōwa*-Geschichte" (*Shōwa sōron sō*) bekanntgewordene Kontroverse hatte einen äußerst belebenden Einfluß auf die Geschichtsschreibung. Es wagten sich nun vereinzelt Autoren mit ihren Arbeiten an die Öffentlichkeit, welche die eigene Zeitgeschichte in positiverem Licht sahen und mehr Verständnis für die handelnden Politiker aufbrachten. Auch die Marxisten fächerten ihre Ansichten allmählich breiter. Dabei wurde z.B. die umstrittene "*Shōwa*-Geschichte", an der sich der Disput entzündet hatte, im Jahre 1959 völlig neu geschrieben. Für die größere ideologischen Freiheiten, die sich die Autoren nun nahmen, mag der 20. Parteitag der KPdSU von 1956 mit

seiner vernichtenden Kritik an Stalin ein Anlaß gewesen sein. Kein Dogma wurde künftig mehr als unumstößlich angesehen.

Ende der fünfziger Jahre spitzte sich allerdings in Japan die politische Lage erheblich zu, da für 1960 die Verlängerung des Sicherheitsvertrages mit den USA anstand. Die marxistischen Historiker betätigten sich mit großem Einsatz an den Gegenkampagnen. In Japan kam es zu erheblichen öffentlichen Unruhen, und der geplante Besuch des amerikanischen Präsidenten Eisenhower konnte nicht stattfinden. Die Regierung *Kishi* setzte zwar die Verlängerung des Abkommens gegen die innerjapanischen Widerstände durch, doch war sie so schwer angeschlagen, daß sie anschließend zurücktreten mußte. Die marxistischen Historiker aber, welche die Verlängerung des Sicherheitsvertrages als "Niederlage Japans" ansahen, mußten den Ausgang der Kontroverse auch als persönlichen Mißerfolg empfinden. Auf wissenschaftlichem Gebiet verloren sie ebenfalls zusehends an Terrain und das Ende ihrer faktischen Alleinherrschaft kündigte sich durch die — allerdings noch sehr vereinzelt — Veröffentlichungen konservativer Autoren an.

Auch die USA machten sich Gedanken, wie sie die anti-amerikanische Stimmung in Japan und die Agitation linksgerichteter Aktivisten eindämmen könnten. Sie entsandten daher im Jahre 1961 als neuen Botschafter eine Persönlichkeit nach *Tōkyō*, die als anerkannter Japan-Fachmann und Freund *Nippons* bekannt war, nämlich den Harvard-Professor Edwin O. Reischauer. Dieser äußerte sich bald nach seinem Amtsantritt in einem Interview, das in der September-Nummer der Monatszeitschrift *Chūō Kōron* abgedruckt wurde, zu dem Thema: "Die historische Bewertung von Japans Modernisierung". Er vertrat dabei die Auffassung, daß die Grundlagen der japanischen Nachkriegsdemokratie bereits in

der Periode von der *Meiji*-Restauration im Jahre 1868 bis zum Ausbruch des Pazifischen Krieges 1941 gelegt worden seien, und zwar von Japan selbst. Die Amerikaner hätten mit ihren Reformen nur eine eher bescheidene Schützenhilfe geleistet. Eine nennenswerte Beeinträchtigung der Demokratisierung aus eigener Kraft habe auch durch die Diskontinuität der Kriegsjahre 1941–4 nicht stattgefunden. Japan habe schon in der Feudalzeit gute Voraussetzungen für die Modernisierung geschaffen, so z.B. durch ein gut funktionierendes Verwaltungssystem und ein breites Bildungswesen. Japan als einziges nicht-westliches Land, dem bisher die Modernisierung gelungen sei, könne daher den unterentwickelten Nationen als Modell dienen.

Reischauers Auffassungen liefen völlig dem Anspruch zuwider, mit dem die Amerikaner 1945 in Japan eingetreten waren: Den feudalen und autoritären Charakter des Kaiserreiches gründlich zu beseitigen und durch oktroyierte Reformen die Demokratie zu erzwingen. Jetzt stellte der Botschafter—parallel zur Politik seiner Regierung—aus Furcht vor den revolutionären Bewegungen in Asien Japan trotz seiner undemokratischen Vergangenheit als Vorbild hin und präsentiert es den Entwicklungsländern als Musterknaben.

Reischauers Äußerungen waren jedoch nur die Spitze des Eisbergs. In den USA fand seit Ende der fünfziger Jahre eine politikwissenschaftliche Lehrmeinung Verbreitung, die als "Modernisierungstheorie" bekannt wurde. Danach mußten alle Staaten der Welt einen Modernisierungsprozeß durchlaufen, an dessen Endpunkt der westlich geprägte Industriestaat mit einem liberalen, demokratischen Gesellschaftssystem stehen müsse. Der Weg dorthin könne auf mancherlei Weis zurückgelegt werden, nicht unbedingt durch demokratische Strukturen. Oft könne eine autokratische Regierung wesentlich effizienter handeln, wie der Fa-

“Japan” mit seinen feudalen Reststrukturen bewiesen habe. Z.B. seien dabei Loyalität und Disziplin gegenüber den Feudalherren zum Vorteil der Nation einfach auf Staat und *Tennō* übergegangen. Auch der Nationalismus könne bei der Modernisierung eine wichtige Funktion erfüllen.

Dem Studium der japanischen Modernisierungsgeschichte widmete sich in den sechziger Jahren fast die gesamte japanologische Elite der USA. Das Ergebnis waren jährliche Konferenzen, auf denen die Ergebnisse vorgelegt wurden, und die Veröffentlichung von Sammelwerken.¹ Finanziert wurde die ganze Aktion hauptsächlich von der Ford Foundation. Beteiligt waren auch einige japanische Historiker, die aber häufig abweichende Ansichten vertraten.

Von den marxistischen Intellektuellen in Japan wurden Reischauers Äußerungen und die gesamte Modernisierungstheorie als Kampfansage aufgefaßt, da man ja gerade *nicht* das westlich-kapitalistische Modell verbreitet sehen wollte. Sie warfen dem Botschafter und den anderen amerikanischen Historikern vor, das Problem nur vom eigenen Standpunkt aus zu sehen und die eigene

1 Veröffentlicht bei Princeton University Press, Princeton, New Jersey. Dazu gehören:

Marius B. Jansen (Hrsg.): *Changing Japanese Attitudes towards Modernization*. 1965.

William W. Lockwood (Hrsg.): *The State and Economic Enterprise in Japan*. 1965.

Ronald P. Dore (Hrsg.): *Aspects of Social Change in Modern Japan*. 1967.

Robert E. Ward (Hrsg.): *Political Development in Modern Japan*. 1968.

Donald H. Shively (Hrsg.): *Tradition and Modernization in Japanese Culture*. 1971.

James W. Morley (Hrsg.): *Dilemmas of Growth in Prewar Japan*. 1971.

Wirtschafts- und Staatsform als verbindliches Ziel für die ganze Welt zu erklären, ohne von den inneren Gegebenheiten anderer Länder, z.B. der Nationen Ostasiens auszugehen. Außerdem warfen sie den Amerikanern die Rechtfertigung des Imperialismus vor, da sie Japan die Eroberungspolitik—mit Ausnahme des Pazifischen Krieges—im nachhinein als notwendige oder doch zumindest entschuld bare Begleiterscheinung des Modernisierungsprozesses akzeptierten. Vom oberflächlichen Fortschritt verblindet, hätten die Modernisierungstheoretiker vor allem versäumt, den inneren Konflikte und den negativen Begleiterscheinungen wie der verzweifelten Lage des Land- und Industrieproletariats Beachtung zu schenken.

Die japanische Regierung aber schloß sich freudig der amerikanischen Auffassung an und präsentierte sich selbst, insbesondere beim hundertjährigen Jubiläum der Meiji-Restauration im Jahre 1968, als Vollenderin des im 19. Jahrhundert begonnenen Reformwerks. In den USA jedoch starb die Modernisierungstheorie im Laufe der siebziger Jahre einen stillen Tod, als den Amerikanern angesichts des Vietnam-Debakels selbst Zweifel daran kamen, ob der eigene politisch-wirtschaftliche Weg wirklich Allgemeingültigkeit besitze.

Inzwischen waren den marxistischen Historikern auch in Japan ernstzunehmende Gegner entstanden. Im Jahre 1962 erschien nach fünfjähriger Vorbereitungszeit ein achtbändiges Werk mit dem Titel: "Der Weg in den Pazifischen Krieg" (*Taiheiyō sensō e no michi*).² Diese

2 Nihon Kokusaiseijigakkai, *Taiheiyōsensōgeninkenkyūbu* hen:

Taiheiyō sensō e no michi. 7 Bde und ein Sonderband mit Dokumenten (Bekkan shiryōhen), Tōkyō, Asahi Shinbunsha 1962/63.

Auszüge erschienen auch in englischer Übersetzung: James W. Morley (Hrsg.): *Japan's Road to the Pacific War*.

Gemeinschaftswerk einer Gruppe junger Historiker war unter der Leitung von *Tsumoda Jun* entstanden, dem damaligen Direktor der Parlamentsbibliothek. Der Einfachheit halber soll daher künftig von der "Tsumoda-Gruppe" gesprochen werden.

Das Werk, das die eigentliche Geburtsstunde der konservativen Geschichtsschreibung im Japan der Nachkriegszeit einläutete, war mit starker Unterstützung von offizieller Seite entstanden. Den Mitarbeitern waren bereitwillig die Archive des Außenministeriums, weiterer Ministerien und der japanischen Streitkräfte geöffnet worden. In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die von der *Tsumoda*-Gruppe an der marxistischen Geschichtsschreibung geübte Kritik, diese vernachlässige die Quellenauswertung, weitgehend an den Tatsachen vorbeiging: Die Marxisten ließ man damals noch gar nicht in die Archive hinein. Den Autoren der *Tsumoda*-Gruppe aber wurden außer den offiziellen Dokumenten noch umfangreiche private Papiere von Politikern und Militärs zugänglich gemacht, und überlebende Personen erteilten bereitwillig Auskunft. Daher lag eine positive Wirkung des Werkes darin, die offizielle Version widerlegt zu haben, wonach fast alle Vorkriegsdokumente vernichtet oder verschollen seien. Die Akten ließen sich fortan nicht mehr unter Verschuß halten. Eine Reihe von Quellenpublikationen folgte, und die japanischen Archive standen schon bald auch anderen Wissenschaftlern offen.

Die Pionierleistung in der Erschließung der Quellen

Deterrent Diplomacy. Japan, Germany, and the USSR 1935–1940. New York, Columbia University Press 1976.

Ders.: *The Fateful Choice: Japan's Advance into Southeast Asia, 1938–1941*. New York, Columbia University Press 1980.

Weitere Bände sind in Vorbereitung.

wurde den Autoren auch von ihren Gegnern bescheinigt. Ansonsten aber rief das Werk eine geradezu wütende Reaktion der marxistischen Schule hervor. Die Kritik richtete sich einmal gegen die offen bekundete Absicht, sich auf Diplomatie- und Militärgeschichte beschränken zu wollen, die Innen- und Wirtschaftspolitik aber auszuklammern. Die zum Programm erhobene positivistische Faktensuche und die Ablehnung einer "auf einer Ideologie beruhenden Wertung"—gleichbedeutend mit einer Kampfansage an die marxistische Geschichtssicht—und die Zurückweisung des Begriffs "Imperialismus" für die japanische Vorkriegspolitik spielten in den Angriffen ebenso eine Rolle wie die Weigerung, die Kriegsschuldfrage zu erörtern. Am schärfsten aber wandte sich die Kritik gegen die apologetische Tendenz, die hauptsächlich bei der Behandlung des China-Krieges sichtbar wird, so z.B. in Vorwürfen an Chiang Kai-shek, die —als relativ milde angesehenen—japanische Friedensbedingungen in der Anfangsphase des Konfliktes ausgeschlagen zu haben. Auch vermeide das Werk, so die Marxisten, jegliche moralische Wertung des japanischen Angriffskrieges im Vergleich zum chinesischen Verteidigungskrieg. Die scharfen Angriffe gegen die angebliche Beschönigung der japanischen Expansion wurden sogar mit dem Argument geführt, die apologetische Haltung bereite eine Wiederbelebung des Imperialismus den Weg. Die heftige Kritik übersah leider weitgehend die Verdienste des Werkes. So deckte nämlich die Autoren auch eine Fülle unbekannter Fakten auf, die für das Bild der Staatsführung negativ waren. Dazu gehörten z.B. die Verwicklung zentraler Tōkyōer Heeresstellen in die Vorbereitung des Mandchurischen Konfliktes und die ausgeprägte Rolle der Marine als kriegstreibender Kraft. Überwiegend aber erschienen Japans Militärs und Politiker als loyale und integre Diener ihrer Nation.

Der Verdacht, das *Tsumoda*-Werk solle der Stärkung der konservativen Machtgruppen wie Regierung, Industrie, Bürokratie und Streitkräften dienen, wurde dadurch verstärkt, daß das Außenministerium und die großen Konzerne für die Arbeit eine finanzielle Unterstützung gewährt hatten. Außerdem stieß die erklärte Absicht des Herausgebers, das Urteil des Tōkyōer Kriegsverbrecherprozesses zu widerlegen, auf heftige Kritik. Die progressiven Historiker sahen ja gerade den Ausgang des Verfahrens als voll gerechtfertigt an. Es waren ihnen nur zu wenige Köpfe gerollt, und mit Sorge nahmen sie das sich ohnehin wandelnde Bild des Prozesses in der Öffentlichkeit zur Kenntnis. Waren die Urteile ursprünglich allgemein als gerechtfertigt angesehen worden, so wurden die Verurteilten später eher als Märtyrer betrachtet. Unterstützt wurde dieses revisionistische Bild durch verschiedene Regierungsmitglieder, darunter auch von dem "liberalen" Premier *Yoshida Shigeru* (1946/47, 1948–54). Das Bild eines unschuldigen Opfers entstand besonders von dem ehemaligen Außenminister und Premier *Hirota Kōki*, der als einziger Zivilist zum Tode verurteilt worden war. In den siebziger Jahren wurde dann die Erinnerung an ihn weiter verklärt durch eine romanhafte Biographie von *Shiroyama Saburō*,³ die ein Bestseller wurde, und ein darauf basierendes Fernsehspiel.

Die Auseinandersetzungen der etablierten marxistischen Schule mit der neuentstandenen konservativen Konkurrenz wirken sich bis heute als Ansporn auf die Geschichtsschreibung aus, die sich in zwei großen Richtungen weiterverfolgen läßt. Diese überschneiden

3 Shiroyama Saburō: *Rakujitsu moyu*. Tōkyō, Shinchōsha 1974. Englische Übersetzung:

War Criminal. The Life and Death of Hirota Koki. Tōkyō, Kodansha International 1977.

sich selten und bekämpfen sich bis auf den heutigen Tag heftig. Alle Historiker lassen sich natürlich nicht in diesen beiden Gruppen einordnen. Der prominenteste unter ihnen um eine unabhängige Position bemühten Autoren ist sicherlich der einflußreiche Geisteswissenschaftler *Maruyama Masao*, der zwar methodisch u.a. an der marxistischen Wissenschaft geschult ist, sich aber nicht einem Dogma oder einer pauschalen Abqualifizierung der japanischen Eliten verschrieb. *Maruyamas* Arbeiten fielen in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg auch im Ausland auf sehr fruchtbaren Boden. Seine These von dem doppelten japanischen Faschismus — einer revolutionären Bewegung "von unten", die mit dem gescheiterten Putschversuch junger Offiziere 1936 untergegangen sei, und einem von der Staatsspitze aus durchgeführten "Faschismus von oben" — war lange Zeit praktisch Allgemeingut.⁴ Erst in den letzten Jahrzehnten kamen die meisten westlichen Historiker zu einer anderen Interpretation.

Angesichts der konservativen Tendenzen blieb natürlich die marxistische Schule nicht untätig. Von ihr erschien z.B. in den sechziger Jahren eine 23 bändige japanische Geschichte im *Iwanami-Verlag* (*Iwanami kōza. Nihon rekishi*), die an den Universitäten großen Anklang fand. Überhaupt läßt sich sagen, daß an den japanischen Hochschulen die Werke der linksgerichteten Historiker eine viel größere Verbreitung fanden als die Bücher der konservativen Richtung.

Vorübergehend sahen sich Mitte der sechziger Jahre Konservative und Marxisten auf der gleichen Seite, um zwar in dem aufsehenerregenden Disput um ein Werk mit dem Titel "Rechtfertigung des Großostasiatischen Krieges"

ges" (*Dai-Tōa sensō kōteiron*). Der Autor war *Hayashi Fusao*, ein Schriftsteller, der in den zwanziger Jahren zum proletarischen Lager gehört hatte, 1930 wegen seiner Agitation zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war und danach ins rechtsradikale Lager übergewechselt war. *Hayashi* sah den Pazifischen Krieg als letzten — und zwar gelungenen — Akt in Japans hundertjährigem Kampf zur Befreiung der Asiaten vom westlichen Imperialismus. Die Kontroverse um diese Ansicht erregte großes Aufsehen, zumal *Hayashis* Werk ursprünglich als Serie in der so angesehenen Zeitschrift *Chūō Kōron* erschienen war. Später (1964/65) wurde es in zwei Bänden im *Chūō Kōron* Verlag veröffentlicht.

Bei der Auseinandersetzung mit *Hayashis* These leugneten weder Konservative noch Marxisten den großen Einfluß des Pazifischen Krieges auf die Entkolonialisierung Asiens, doch war diese ein eher zufälliges — und in dieser Form von Japan ursprünglich nicht angestrebtes — Ergebnis, das lediglich in der Kriegspropaganda als "Befreiung" deklariert worden war. Auffallend ist bei *Hayashi* auch die Wiederbelebung des propagandistisch belasteten Begriffes "Großostasiatischer Krieg" (*Dai-Tōa sensō*), den die Amerikaner nach 1945 untersagt und durch "Pazifischer Krieg" (*Taiheiyō sensō*) ersetzt hatten.

Die Diskussion um *Hayashi* war jedoch sehr kurzlebig, da inzwischen eine weitere historiographische Kontroverse tobte, die immer weitere Kreise zog. Warnend war schon kurz nach Erscheinen des *Tsunoda*-Werkes von dessen Gegnern darauf hingewiesen worden, die apologetische Tendenz der konservativen Geschichtsschreibung sei dabei, in zunehmendem Maße Eingang in die Schulbücher zu finden. Etwa gleichzeitig verweigerte das Kultusministerium der Arbeit eines der Progressiven, *Ienaga Saburō*, die Zulassung als Schulbuch. Dieses Zulassungsverfahren ist in Japan Vorausset-

4 Die wichtigsten Untersuchungen *Maruyamas* zu diesem Thema liegen auch in englischer Übersetzung vor:

Maruyama Masao: Thought and Behavior in Modern Japanese Politics. London, Oxford University Press 1966

zung, damit die Lehrer ein bestimmtes Werk für den Unterricht einführen dürfen. *Ienaga* sollte z.B. gezwungen werden, Passagen zu streichen, in denen von einer "verabscheuungswürdigen Krieg" Japans gegen China die Rede war. Der Autor prozessierte daraufhin gegen das Kultusministerium, propagandistisch unterstützt nicht nur von der marxistischen *Rekishigaku kenkyūkai* und der Kommunistischen Partei, sondern auch von Gewerkschaften und einem großen Teil der Presse. Im Jahr 1970 erging das Urteil, daß die Verweigerung der Zulassung durch das Kultusministerium rechtswidrig sei. Fünf Jahre später erfolgte die Bestätigung in zweiter Instanz. In dritter Instanz vor dem Obersten Gerichtshof wurde der Fall 1982 an das Tōkyōer Gericht zurückverwiesen, da inzwischen für das Genehmigungsverfahren von Schulbüchern neue Richtlinien galten.

Ein neuer Höhepunkt in den Auseinandersetzungen der beiden historiographischen Schulen war Ende 1979 erreicht worden, als *Hata Ikuhiko*, einer der Autoren der *Tsunoda*-Gruppe, *Ienaga* mit gütlich ausgewählten Zitate aus der Zeit vor 1945 vorwarf, er und seinesgleichen hätten während des Pazifischen Krieges in ihren Publikationen Japans Kriegsanstrengungen propagandistisch unterstützt. Im Sommer 1982 führte—wie schon eingangs erwähnt—die Absicht des Kultusministeriums, die japanische Aggressionspolitik in Schulbüchern weiter zu verharmlosen, nicht nur zu einem innerjapanischen Streit, sondern viel stärker noch zu einer schweren Krise den Beziehungen *Tōkyōs* zu den Nachbarstaaten, insbesondere mit der Volksrepublik China und Süd-Korea. Etwa gleichzeitig führte der ehemalige Premierminister *Kishi* eine Kampagne mit dem Ziel, zur Erinnerung an die japanische Eroberung der Mandschurei im Jahre 1931 auf dem Fuße des *Fuji* ein Denkmal zu errichten. Diese Initiative verlief jedoch—zumindest vorläufig—im Sande.

Die Entstehung einer neu-konservativen Schule

Ende der sechziger Jahre hatte sich die in die Defensive gedrückte marxistische Geschichtsschreibung in einer tiefen Krise befunden. Sie war in einem Zustand der Unfruchtbarkeit erstarrt und wiederholte nur in stereotypen Wendungen ihre langjährigen Überzeugungen. Dieser Zustand stieß auch in den eigenen Reihen auf Kritik, wo statt dessen vertiefende, auf intensiver Quellenarbeit basierende Untersuchungen gefordert wurden. Es war dies aber die Zeit des Vietnam-Krieges, und viele Historiker verbrauchten ihre Zeit und ihre Energien für die Agitation gegen die Regierungen in Washington und *Tōkyō*, denen sie Komplizenschaft bei der neo-imperialistischen Unterdrückung der Völker Südostasiens vorwarfen.

Einer der marxistischen Historiker, *Inoue Kiyoshi*, engagierte sich im Jahre 1974 auch als Gutachter zugunsten von deutschen Studenten, die der Beleidigung eines ausländischen Staatsoberhauptes angeklagt waren.⁵ Die Studenten hatten den *Tennō* während eines Staatsbesuches in Bonn auf Plakaten und in Rufens als Mörder und Kriegsverbrecher beschimpft. Dankbar griffen sie *Inoues* Schützenhilfe auf und zitierten ausführlich Passagen seines Gutachtens auf Flugblättern.

Etwa ab Mitte der siebziger Jahre scheint die Krise der marxistischen Geschichtsschreibung allmählich überwunden worden zu sein. Das äußerte sich nicht nur in einer quantitativen Produktion, sondern auch in einer ganz eindeutigen Qualitätssteigerung. Die Autoren hatten sich die an ihnen geübte Kritik zu Herzen genommen und intensive Quellenstudien getrieben. Als Basis dienten

5 Daraus ging folgendes Werk hervor:

Inoue Kiyoshi: *Tennō no sensō sekinin*. Tōkyō, Gendai Hyōronsha 1975.

jetzt nicht mehr so zweifelhafte Dokumente wie Propagandaschriften Mao Tse-tungs. Man findet heute kaum noch den durchsichtigen Versuch, z.B. Lenin Prophezeiungen mit Hilfe der japanischen Geschichte richtig zu beweisen. Die ganze Geschichtssicht hat daran an Objektivität gewonnen, daß auch konservative Historiker die Werke ihrer marxistischen Kollegen mit Gewinn zur Hand nehmen. Dazu gehört mit Sicherheit die völlig neu geschriebene japanische Geschichte des Iwanami Verlages (*Iwanami kōza. Nihon rekishi*), die Ende der siebziger Jahre in nunmehr 26 Bänden erschien. Zu wußten wir über Planung und Verlauf der wirtschaftlichen Kriegsmobilisierung ohne die Forschungen der Marxisten heute noch fast gar nichts.

Als fördernd hat sich bei der Entwicklung der progressiven Schule offensichtlich die Herausforderung ausgewirkt, die in Gestalt einer neu entstandenen historiographischen Richtung auftrat. Diese könnte man am ehesten als "neu-konservativ" bezeichnen. Das besondere Merkmal dieser Wissenschaftler besteht darin, daß sie sich stark mit Innenpolitik und Geistesgeschichte und sogar mit Wirtschaftsgeschichte befassen. Damit bieten sie den progressiven Kollegen kein so leichtes Angriffsziel wie die traditionellen Konservativen. Führender Vertreter dieser neuen Richtung ist *Itō Takashi* von der Universität *Tōkyō*, der inzwischen an Stelle des Wissenschaftler aus dem *Tsunoda*-Kreis zur Zielscheibe für Angriffe der marxistisch orientierten Historiker geworden zu sein scheint. Besondere Kritik ziehen er und ihm geistig verwandte Autoren auf sich, weil sie eine ideologiefreie Sicht fordern und den Begriff "Faschismus" zur Kennzeichnung der japanischen Regierungssysteme für die Vorkriegszeit und die Kriegsjahre ablehnen. *Itō* weist diesen Terminus aus dem Grund zurück, weil er ihn als zu unklar sowie als abgegriffen und inhaltloses Schlagwort zur Diffamierung des poli-

schon Gegners ansieht. Außerdem wird nach seiner Ansicht der von den Systemen anderer Länder geprägte Begriff "Faschismus" der japanischen Geschichte nicht gerecht, weil er eine Zäsur nach einer angeblichen Periode der "Demokratie" vortäuscht. In Wirklichkeit, so *Itō*, war die —auch in den Personen der Politiker dokumentierte—Kontinuität der Herrschaftsstruktur vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die Besatzungszeit nach dem Pazifischen Krieg dominierend. Vorherrschend seien zu jeder Zeit Kräfte gewesen, die eine Änderung des inneren—d.h. wirtschaftlich-sozialen—wie des äußeren—d.h. weltpolitisch-territorialen—Status quo angestrebt hätten und daher den Namen "reformistisch" (*kakushin*) verdienten.

Die Gegner der Neu-Konservativen fassen *Itō*s Begründung als Kritik an der marxistischen Geschichtsschreibung allgemein auf. Sie werfen ihm eine "imperialistische" Geschichtssicht vor und verteidigen den seit Jahrzehnten benutzten Begriff "Faschismus" bzw. "*Tennō*-Faschismus" mit der gleichen Vehemenz wie seinerzeit den Terminus "Imperialismus" gegen die *Tsunoda*-Gruppe. In wie schwacher Position sie sich dabei aber befinden, zeigt sich darin, daß einige ihrer Vertreter in den letzten Jahren Rückzugspositionen aufgebaut haben und nun den Begriff "Faschismus" für Japan nicht als "unbedingt notwendig" bezeichnen. Der Hauptgrund für die scharfen Angriffe gegen *Itō* dürfte darin liegen, daß dieser die japanische Zeitgeschichte nicht als Kampf zwischen einer diktatorisch-imperialistischen Staatsführung und einer friedensliebenden proletarischen Bewegung—bzw. der "Volksmasse" insgesamt—sieht, sondern als Tauziehen zwischen konservativ-gemäßigten Nationalisten einerseits und radikaleren Expansionisten mit starken sozialistischen Neigungen andererseits.

Sogar seine Gegner räumen *Itō* fairerweise ein, er habe

einen der erfolgreichsten wissenschaftlichen Trends begründet. Außerdem ist seine Leistung beim Aufspüren und Edieren von Quellen unumstritten, der kein anderer Historiker auch nur entfernt Konkurrenz machen kann. Möglich wurden diese Erfolge sicher zu einem großen Teil dadurch, daß Itō keine moralischen Verdammungsurteile fällt. Dadurch gewann er das Vertrauen ehemaliger Politiker und Militärs sowie deren Hinterbliebenen. Die rückten nach und nach Tagebücher, Briefe und sonstige hinterlassene Papiere heraus, von deren Existenz dahin niemand eine Ahnung gehabt hatte. Wie ein Quellensammlung lesen sich zu einem großen Teil auch Itōs eigene Abhandlungen zur japanischen Geschichte. Seine Gegner haben ihm daher häufig den Vorwurf gemacht, die Gewichtung der Dokumente und die wissenschaftliche Synthese zu vernachlässigen.

Im Vergleich zu den frühen sechziger Jahren aber sind die Kontroversen heute weniger heftig, weniger persönlich kränkend und sehr viel sachlicher. Das ist zu einem wohl auf die weniger ideologiegefärbte Ausrichtung der Marxisten zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die Tatsache, daß ehemals von den Progressiven monopolisierte Gebiete wie Wirtschafts- und Sozialgeschichte nun auch durch die Neukonservativen bearbeitet werden. Es kam sogar schon zu gemeinsamen kommentierten Quelleneditionen.⁶ Zum Teil aber ist die Entschärfung der Kontroversen auch auf die gewandelte politische Lage zurückzuführen. Nach dem Ende des Kalten Krieges, der Rückgabe Okinawas, der amerikanisch-chinesischen Annäherung, die ja auch die lange geforderten japanisch-chinesischen Ausgleich ermöglichte, und dem Ende des Vietnam-Krieges

bieten die Außenpolitik Washingtons und damit auch Tōkyōs den Marxisten eine weniger große Angriffsfläche. Außerdem machte der starke Wirtschaftsaufschwung im eigenen Lande die alten stereotypen Anschuldigungen gegen die unterdrückenden und ausbeutenden Klassen allmählich unglaubwürdig und zwangen zur Abmilderung. Schließlich wurden die Marxisten auch durch eine Reihe von Ereignissen in den sozialistischen Ländern in ihrer ideologischen Standhaftigkeit erschüttert. Dazu gehörten z.B. die chinesische Kulturrevolution, der Expansionsdrang des siegreichen Vietnam, die Greuel der Roten Khmer in Kambodscha, der vietnamesisch-chinesische Zusammenprall, der sowjetische Einmarsch in Afghanistan und die Verhängung des Kriegsrechts in Polen.

Auswirkungen auf die amerikanische Historiographie

Geschichtsschreibung, die sich im Westen mit dem modernen Japan befaßt, ist heute fast ausschließlich eine Domäne amerikanischer Wissenschaftler. Die konservative Tendenz der japanischen Historiographie fand bei ihnen eine starke Resonanz, wohingegen die marxistische Geschichtssicht kaum aufgegriffen wurde. In den USA wuchs in den sechziger Jahren eine neue Generation von Ostasien-Wissenschaftlern heran, die nicht mehr wie ihre Vorgänger während des Pazifischen Krieges aus den Dolmetscherschulen und Trainingsprogrammen der amerikanischen Streitkräfte hervorgegangen waren. Sie waren daher nicht mehr geprägt von alten Urteilen oder Vorurteilen, wie sie im Tōkyōer Kriegsverbrecherprozeß zum Ausdruck gekommen waren. Im Gegenteil, es machten sich bei ihnen Unbehagen und Schuldgefühle wegen des Vietnam-Krieges bemerkbar. Sie beurteilten daher das Anzetteln von Kriegen durch Tōkyō und die japanischen Kriegsverbrechen nicht mehr von der hohen mo-

⁶ Siehe z.B.:

Imai Seiichi und Itō Takashi (Hrsg.): Kokka sōdōin. Bd. 1. Tōkyō, Misuzu Shobō 1974 (= Gendaishi shiryō Bd. 44

ralischen Werte aus, die für ihre Vätergeneration typisch gewesen war. Schließlich wurde die Berechtigung des Tōkyōter Militärtribunals insgesamt in Frage gestellt und die Urteile wurden als Rechtsbeugung angesehen. Die amerikanischen Wissenschaftler waren nun nicht mehr wie in den ersten Nachkriegsjahren das Vorbild ihrer japanischen Kollegen, auch der marxistischen, sondern sie empfangen im Gegenteil ihre wesentlichen Impulse aus Japan. Von der dortigen marxistischen Schule wurde diese Übernahme konservativer und apologetischer Strömungen mit großer Sorge gesehen.

Der erste und lange Zeit führende Vertreter dieser neuen amerikanischen Schule war James Crowley, dessen Publikationen häufig die Tendenz des *Tsumoto*-Werkes hervorsieht.⁸ Der Autor widerspricht der bis dahin gängigen Ansicht, Japans Politik sei von einer Clique verschwörerischer Armeeeoffiziere diktiert worden und vertritt statt dessen die Ansicht, die wesentlichen politischen Entscheidungen seien ordnungsgemäß im Kabinett gefällt worden.

Noch einflußreicher und heute geradezu dominierend aber wurde der Einfluß der neu-konservativen Schule Japans auf die amerikanische Geschichtswissenschaft, die daher einschneidende Veränderungen in der Macht und Regierungsstruktur des Kaiserreiches bezeugt. Die Ergebnisse machten deutlich, daß in Japan nicht etwa eine Diktatur der Armee oder ein "Faschismus" geherrscht hatten, sondern daß innerhalb einer zwar autoritären, aber doch stark pluralistischen

Herrschaftssystems Marine, Bürokratie, Parlament, Wirtschaft und Hof einen beachtlichen Einfluß behielten, und daß keinerlei radikale Brüche in der sozialen und politischen Struktur stattgefunden hatten. Der Schluß lautet allgemein, daß rechtsstaatliche Grundsätze weitgehend gewahrt worden seien und auch die Verfassung nicht verletzt worden sei. Sogar der Parlamentarismus habe bis zuletzt, d.h. bis 1945, funktioniert und bilde die Grundlage der japanischen Nachkriegsdemokratie.⁹

Dabei geht der in den USA lebende und an der Universität Chicago lehrende japanische Historiker *Iriye Akira* noch einen Schritt weiter und vertritt die Ansicht, *Tōkyō* und Washington hätten außenpolitisch und militärisch weitgehend die gleichen Ziele angestrebt, nämlich die Befreiung von der westlichen Kolonialherrschaft.¹⁰ Zwar dürfte man dem Autor zustimmen, daß beide Mächte auf einen Rückzug der europäischen Mächte hinarbeiteten, aber den Pazifischen Krieg, ein mörderisches Ringen und die wohl tiefste Zäsur in der Geschichte des Fernen Ostens, zu einer Art "Betriebsunfall" innerhalb der traditionell ungetrübten japanisch-amerikanischen Beziehungen zu verniedlichen, stimmt doch bedenklich. Schließlich ging es in dem Konflikt doch

9 Dazu gehören vor allem:

Richard H. Mitchell: *Thought Control in prewar Japan*. Ithaca/N.Y., Cornell University Press 1976.

Gordon M. Berger: *Parties out of Power in Japan, 1931–1941*. Princeton, Princeton University Press 1977.

Edward J. Drea: *The 1942 Japanese General Election*. Lawrence, University of Kansas 1979.

Ben-Ami Shillony: *Politics and Culture in Wartime Japan*. Oxford, Clarendon Press 1981.

10 Iriye Akira: *Nichi-Bei sensō. Tōkyō, Chūō Kōron* 1978. Englische Übersetzung: *Power and Culture: The Japanese-American War, 1941–1945*. Cambridge/Mass., Harvard Univ. Press 1981.

7 Besonders von Richard H. Minear: *Victor's Justice. The Tokyo War Crimes Trial*. Princeton, Princeton University Press 1971.

8 Siehe dazu besonders sein Hauptwerk: James B. Crowley: *Japan's Quest for Autonomy. National Security and Foreign Policy 1930–1938*. Princeton, Princeton University Press 1966.

darum, wer nach dem Rückzug der europäischen Mächte das Machtvakuum in Ostasien ausfüllen würde, Japan oder die USA. Außerdem kommen die angeblich lauter Motive, die *Iriye* hinter der Politik *Tōkyōs* zu erkennen glaubt, den Interpretationen der Rechtsradikalen von Schlage eines *Hayashi Fusao* gefährlich nahe.

Die "grenzüberschreitende" Verquickung historischer Strömungen führte dazu, daß man heute nicht mehr streng zwischen einer "westlichen" und einer "japanischen" Geschichtsschreibung trennen kann. D gilt nicht nur für einen Wissenschaftler wie *Iriye*, der sich nicht eindeutig einem der beiden Länder zuordnen läßt. Die beiden letzten Jahrzehnte haben gezeigt, daß gerade die neuen Trends, die in Japan entstanden, mit einer Verzögerung ihr Gegenstück in den USA finden.

- Gerhard Krebs
geb. 1943 in Warschau
- 1965-71 Studium der Fächer Geschichte und Germanistik an den Universitäten Hamburg und Freiburg/Br.
- 1971-74 Studium der japanischen Sprache als DAAD-Stipendiat an der Universität Bonn und der Naganuma-Schule in Tokyo
- 1976-78 Forschungsaufenthalt als Mombushō-Stipendiat an der Sophia-Universität in Tokyo
- seit 1.4.1981 als DAAD-Lektor an der Waseda-Universität in Tokyo
- Juli 1982 Abschluß der Promotion an der Universität Freiburg/Br. mit dem Thema: "Japans Deutschlandpolitik 1935-1941. Eine Studie zur Vorgeschichte des Pazifischen Krieges."
- Veröffentlichungen zu den deutsch-japanischen Beziehungen und zur japanischen Zeitgeschichte